

## Die Entwicklung der ungarischen Verfassung (1945 – 1975)

von  
IMRE TAKÁCS

Eine wichtige Errungenschaft der volksdemokratischen Revolution war die Schaffung der demokratischen Staatsordnung und anschließend der Ausbau des sozialistischen Staates. Dieser Prozeß von geschichtlicher Bedeutung kam in der Gestaltung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Staatslebens zum Ausdruck. Nach der Befreiung begann in unserem Lande die Entwicklung der Verfassung auf völlig neuen Grundlagen. Das Horthy-Regime hatte keine geschriebene Verfassung, das „Königreich ohne König“ war eine gekünstelte öffentlich-rechtliche Konstruktion. Die volksdemokratische Entwicklung „erbte“ keine traditionellen bürgerlich-demokratischen Institutionen, die demokratischen Formen mußten neu geschaffen werden.

Die volksdemokratische Revolution lehnte deshalb die Idee der Rechtskontinuität und die früheren öffentlich-rechtlichen Einrichtungen ab. Die Ausgestaltung des neuen konstitutionellen Rahmens begann schon im Jahre 1944. Sie wurde durch das Gesetz I vom Jahre 1946 über die Republik fortgesetzt. Die Verfassung der Volksrepublik vom Jahre 1949 und schließlich die Verfassungsreform des Jahres 1972 sind Trappfeiler der verfassungsmäßigen Entwicklung in den letzten drei Jahrzehnten. Die eingehende geschichtliche Analyse wird in dieser Entwicklung gewiß ein Suchen nach neuen Wegen finden. Auch wenn sie gelegentlich ein Zögern oder Momente des Schematismus, feststellen sollte, wird sie jedoch bestätigen, daß die Volksmacht der „tausendjährigen“ ungeschriebenen Verfassung in 30 Jahren eine feste, neue sozialistische verfassungsmäßige Ordnung geschaffen hat, deren Rahmen von unserem Grundgesetz bestimmt wird. Sie ist die Negation und positive Antithese zu den herrschenden Klassen in der Geschichte unseres Landes.

### I.

Die sich entfaltende volksdemokratische Revolution beseitigte entschlossen das Staatssystem und den Machtapparat der ungarischen halbfeudalen bürgerlichen Gesellschaft. So schmerzhaft es auch war, daß das ganze Land im wahrsten Sinne des Wortes aus den Ruinen wiederaufge-

baut werden mußte, so vorteilhaft war der historische Augenblick für den Aufbau der neuen Volksmacht. Der frühere Staatsapparat zerfiel und seine Leiter flüchteten. Die Streitkräfte, die an der Seite der faschistischen deutschen Wehrmacht kämpften, wurden vernichtet oder verließen das Gebiet des Landes. Der neue Staat wurde so von Anfang an unter ganz eigenartigen Bedingungen aufgebaut. Die Niederlage des Faschismus von internationalem Ausmaß und die Rolle der Sowjetunion bei der Befreiung wirkten auf die früheren herrschenden Klassen lähmend, auf die werktätigen Klassen dagegen mobilisierend.

In der konkreten historischen Lage war die Schaffung der selbständigen ungarischen Staatlichkeit von entscheidender Bedeutung. Die Möglichkeit dazu wurde einerseits durch die internationale Anerkennung Souveränität Ungarns, andererseits durch die konsequent demokratischen Kräfte gesichert, die das Prinzip der Volkssouveränität durchsetzen und die volksdemokratische revolutionäre Umgestaltung zum Erfolg führten.

Die Organe der Volksmacht waren bezüglich ihrer Entstehung, vor allem aber wegen des Inhalts ihrer Tätigkeit Organe revolutionären Charakters. Die historische Bedeutung der Nationalkomitees, die in den Städten und Gemeinden selbsttätig oder auf Initiative der Unabhängigkeitsfront entstanden sind, kann auf dem Gebiet der Neuorganisation der staatlichen Tätigkeit nicht genügend hervorgehoben werden.<sup>1</sup>

Die Nationalkomitees organisierten die Wahl der Delegierten zur Provisorischen Nationalversammlung. Gemäß dem Programm der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeitsfront stütze sich auch die Provisorische Regierung auf die Nationalkomitees. Die Absicht, eine Verfassung zu geben, wurde im selben Dokument unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. Der Vorschlag der Ungarischen Kommunistischen Partei über „den Weg zur demokratischen Wiederherstellung und zum Aufstieg Ungarns“ wurde zum Programm der Unabhängigkeitsfront, das die Schaffung einer konstituierenden Nationalversammlung als ihre Aufgabe bezeichnete.<sup>2</sup>

Am 21. Dezember 1944 traf in Debrecen die Provisorische Nationalversammlung zusammen, deren Mitglieder auf Grund der Kandidierung der demokratischen Parteien auf den von den Nationalkomitees organisierten Volksversammlungen oder den erweiterten Sitzungen der Nationalkomitees gewählt wurden. Der auf der ersten Sitzung der Nationalversammlung gefaßte Beschluß sagt folgendes aus: „Es ist also Recht und Pflicht der frei und demokratisch gewählten Provisorischen Nationalversammlung, im Namen der Gesamtheit des ungarischen Volkes zu sprechen. Nach Gründung der Provisorischen Nationalversammlung entscheidet endlich das ungarische Volk selber über sein Schicksal. Die Provisorische Nationalversammlung erklärt feierlich, daß sie als Vertreterin des nationalen Willens und der ungarischen staatlichen Souveränität die Lenkung der Angelegenheiten des herrenlosen Landes in die Hände nimmt“.<sup>3</sup>



Der Anspruch, eine Verfassung zu geben, blieb auf der Tagesordnung, obwohl die Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung zunächst beschloß, ihre Tätigkeit auf die provisorische Regelung der Ausübung der obersten Staatsgewalt zu beschränken. Nachdem die Institution des Reichsverwesers aufgehoben worden war, übte das Präsidium der Nationalversammlung die Funktionen des Staatsoberhauptes provisorisch aus. Die Nationalversammlung wählte die Provisorische Regierung und den Politischen Ausschuß der Nationalversammlung. Sie gab der Regierung eine breite Vollmacht und beauftragte den Politischen Ausschuß, die Regierung ständig zu kontrollieren. Durch diese Entscheidungen löste die Nationalversammlung zwar nur die wichtigsten Aufgaben, jedoch organisierte sie im wesentlichen den ungarischen Staat neu, schuf dessen zentrale Organe und wies zugleich den Gedanken einer Rechtskontinuität zurück. Die Provisorische Regierung faßte Beschlüsse über die demokratische Neuorganisation der Verwaltung und über die parallele Tätigkeit der Selbstverwaltungen und der Nationalkomitees und organisierte deren Durchführung.

Damals wurde über die Staatsform noch keine Entscheidung getroffen. Aber nach der politischen Beseitigung der früheren Staatsmacht weisen die Schaffung des Obersten Nationalrates<sup>4</sup> und der Umstand, daß aus der Benennung aller staatlichen Organe die Bezeichnung „königlich“ gestrichen werden mußte, auf eine verfassungsrechtliche Trennung hin.

Einen weiteren Schritt zur Schaffung der konstitutionellen Grundlagen des Staatslebens verkörperte das Gesetz VIII vom Jahre 1945 über das demokratische Wahlrecht. Nach den Wahlen vom 4. November 1945 trat die Nationalversammlung zusammen und setzte die stufenweise Umgestaltung des Staatsapparates fort, obwohl sie auf Grund ihrer Zusammensetzung zufolge dabei zweifellos eine reservierte Haltung vertrat. Einige Mitglieder der Kleinlandwirtepartei, die bei den Wahlen die Mehrheit erhielt, traten gegen den Gedanken einer neuen Verfassung auf. Sie wollten die öffentliche Meinung für das Königtum gewinnen.<sup>6</sup> Unter diesen Umständen hatte es die neue Ordnung nicht eilig, in der Frage der Staatsform zu entscheiden, obwohl sie wiederholt ihre Absicht, zum Ausdruck brachte eine Verfassung zu schaffen.<sup>7</sup> In der Frage der republikanischen Staatsform wartete sie nur auf den Augenblick, in dem die Anhänger der Institution des Königtums politisch entlarvt waren, isoliert blieben und von den Massen keine Unterstützung mehr erhielten. Am 31. Januar 1946 proklamierte die Nationalversammlung die Republik.

Das Gesetz I vom Jahre 1946 baut statt der Rechtskontinuität auf die hervorragenden Traditionen der Jahrhunderte währenden Kämpfe des unterdrückten Volkes, auf die Ideen von Kossuth, Petöfi und Tancsics auf die Volksrepublik von 1918 und die Räterepublik von 1919. Das Gesetz über die Republik widerspiegelt auch bezüglich der Grundrechte eine bedeutende historische Wende. Die ungarische Gesetzgebung legt bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal die Menschenrechte gesetzlich fest, stellt die Gleichberechtigung der Staatsbürger wieder her und beginnt zum völligen Ausbau dieser Rechte Gesetze zu schaffen.<sup>8</sup>

Ein Gesetz sorgt für den strafrechtlichen Schutz der Republik (Gesetz VII v.J. 1946), und für die Inkompatibilität der Abgeordneten.<sup>9</sup> Die im Jahre 1947 gewählte Nationalversammlung entscheidet sich endgültig für das Einkammersystem der ungarischen Gesetzgebung und erklärt sich für eine Landesversammlung (Gesetz XXII v.J. 1947). Dieses Parlament schafft jene Gesetze, die den stufenweisen Übergang in die zweite Etappe der volksdemokratischen Revolution ausdrücken. 1948 verabschiedet es das Gesetz über die Verstaatlichung der Großbetriebe und sanktioniert durch diesen höchsten Staatsakt die revolutionäre Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, die Schaffung der wirtschaftlichen Basis zum Aufbau des Sozialismus (Gesetz XXV v.J. 1948).

In der Periode nach dem Jahr der Wende hatte die Gesetzgebung riesige Aufgaben zu lösen. Sie mußte parallel Gesetze über die stufenweise Beseitigung des kapitalistischen Eigentums und über den Ausbau der neuen Staatsorganisation vorbereiten. 1947 wurden 35, 1948 63 und 1949 28 Gesetze verabschiedet.<sup>10</sup>

Ein Gesetz regelte die Organisierung des Strafsystems in der Strafjustiz. Das Gesetz über die Aufhebung der Titel und Ränge schaffte die feudalen Überreste ab. 1948 wurden die Schulen durch ein Gesetz verstaatlicht. Auf Grund anderer gesetzlicher Verfügungen konnte sich auch die kulturelle Revolution breit entfalten.

## II.

Die Stärkung der Volksmacht brachte infolge der Anhäufung quantitativer Änderungen eine qualitative Umgestaltung. Es festigten sich die führende Rolle der Arbeiterklasse und das zur Beseitigung aller Formen der Ausbeutung kämpfende Klassenbündnis zwischen der Arbeiterklasse und allen Werktätigen. Das Wesen der Macht änderte sich und ermöglichte, daß die Schaffung einer volksdemokratischen Verfassung, die der Staatsmacht sozialistischen Charakters entspricht, auf die Tagesordnung zu setzen. Nach dem Programm der Partei der Ungarischen Werktätigen vom Jahre 1948 hielt es die Partei „für notwendig, ein Grundgesetz der Volksdemokratie zu schaffen, um die Rechte und Pflichten der Staatsbürger, die grundlegenden Änderungen in der Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, den Volkscharakter der ungarischen Republik kraft des Gesetzes in einer Verfassung zu sanktionieren.“ Auch die Volksfront nahm die Ausarbeitung der neuen Verfassung in ihr Programm auf. Am 27. Mai 1949 bildete die Regierung einen Ausschuß zur Vorbereitung der Verfassung. Nach einer umfassenden Aussprache wurde der Entwurf dem Parlament unterbreitet. Das Gesetz XX v.J. 1949 wurde am 20. August 1949 verkündet. Die Verfassung schuf für die Festigung der sozialistischen Entwicklung eine sichere Grundlage und bestimmte den Inhalt und auch die konkreten Aufgaben der weiteren Gesetzgebung.

Die Verfassung setzte sich zum Ziel, die Ausbeutung völlig abzuschaffen und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu festigen. Der



Agrarpolitik der Partei entsprechend konzipierte die Verfassung durch Gründung von Genossenschaften den Weg zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft. Sie legte den Aufbau der Staatsorganisation sowie den Zuständigkeitsbereich der Regierungsorgane fest und bestimmte die grundlegenden Rechte und Pflichten der Werktätigen.

Die ausführliche Regelung der verfassungsmäßigen Institutionen wurde vom Gesetz XX v.J. 1949 der Gesetzgebung zugewiesen. Im Anfangsstadium des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft konnte die Verfassung die Mittel der Wirtschaftslenkung und Staatshaushalts noch nicht ausführlich regeln, weil der Umfang des sozialistischen Sektors dazu noch keine ausreichende Grundlage bot.

Die Verfassung trachtete nicht nach Vollständigkeit, sie legte jedoch den Rahmen der staatlichen und staatsbürgerlichen Tätigkeit in klarer und volkstümlicher Form fest. Was sich später als ungenügend erwies, war nicht eine ursprüngliche Schwäche der Verfassung, sondern Folge der Fehler in der Politik der Partei. Es stellte sich erst später heraus, daß die Unverletzbarkeit einzelner Rechte die Verfassung wirksamer hätte gesichert werden müssen. Nach unseren historischen Erfahrungen reichten die in der Verfassung enthaltenen Garantien der sozialistischen Gesetzlichkeit und der Verfassungsmäßigkeit nicht aus. Trotzdem bestimmte die Verfassung die Hauptrichtungen der Gesetzgebung. Der Ausbau unseres Staatsapparats und des sozialistischen Rechtssystems erfolgte im Grunde genommen entsprechend den in der Verfassung festgelegten Normen und allgemeinen Prinzipien.

Nach der Verfassung ging die Zahl der Gesetze in Vergleich zurück zur vorausgegangenem Zeit. Die erlassenen Gesetze bedeuteten jedoch eine umfangreiche Kodifikation, die für die sozialistische Umgestaltung des Rechtssystems von grundlegendem Charakter war. In dieser Periode kam es bei der Durchführung der Verfassung zur Schaffung mehrerer organisatorischer Gesetze. Zu ihnen die zwei Gesetze über die Räte, das Gesetz über die Organisation der Gerichte und die Gesetzesverordnung über die Staatsanwaltschaft. Ebenfalls auf Grund verfassungsmäßiger Grundsätze kamen der erste Kodex über das Familienrecht (zwar in der Form einer Gesetzesverordnung), und der erste Kodex über das Arbeitsrecht zustande, und der allgemeine Teil des Strafrechts wurde auch geregelt.

In dieser Periode nahmen die Widersprüche in der staatlichen Tätigkeit zu. Oft kam es zur Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit. Die Folgen des Personenkults und wirtschaftspolitische Fehler führten dazu, daß die Vorschriften der Gesetze in der Praxis viel häufiger nicht zur Geltung kommen konnten. Die Kraft des Systems beweist der Umstand, daß es imstande war, die Fehler aufzudecken und deren Ursachen zu beseitigen.

Schon vor 1956 wurde damit begonnen, die Fehler zu korrigieren. Die sozialistische Gesetzlichkeit wurde jedoch entscheidend nach der Bekämpfung des konterrevolutionären Angriffes gefestigt. Die im Jahre 1953 gewählte Landesversammlung, deren Mandat verlängert wurde

konnte dank der Wiederherstellung der Verfassungsmäßigkeit mit der Lösung der Gesetzgebungsaufgaben dieses Prozesses beginnen. 1957 entstand das Gesetz über die allgemeinen Verfahrensregeln der Staatsverwaltung, das gesetzliche Garantien zum Schutz der Staatsbürger schuf. Eine neue gesetzliche Regelung erhielt die Institution der Staatsbürgerschaft, die an die Stelle unseres ersten demokratischen Staatsbürgerschaftsgesetzes vom Jahre 1948 getreten ist. Als Fortsetzung der grundlegenden Kodifikationsstätigkeit wurde im Jahre 1959 das BGB und im Jahre 1969 das StGB geschaffen. 1957 entstand auch das erste Produktionsgenossenschaftsgesetz, das für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft einen festen Rechtsrahmen sicherte. Die massenhafte Umwandlung erfolgte zwischen 1959 und 1962. Sie machte in der Landwirtschaft die Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse unwiderruflich.

In diesem Zeitabschnitt endete also der Prozeß, der auf den grundlegenden Gebieten unseres Rechtssystems die Kodifikation sozialistischen Inhalts zur Folge hatte.<sup>11</sup>

### III.

Nach der Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaftsordnung folgte in unserer Heimat als nächster Abschnitt des gesellschaftlichen Entwicklung die Periode des völligen Aufbaus des Sozialismus. Die Umformung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse machte den sozialistischen Charakter der Staatsmacht eindeutig. Eine weitere Aufgabe blieb aber die Ausgestaltung der organisatorischen Formen und Methoden, die durch den sozialistischen Charakter gefordert wurden. Die Erfahrungen der staatlichen Tätigkeit und die theoretisch-ideologische Analyse machte die Ausarbeitung solcher Reformen nötig, die gleichzeitig die Wirksamkeit der staatlichen Tätigkeit steigern, ihr Niveau erhöhen und der Staatsbürger dienen anregen.

In dieser Zeit kam es in mehreren sozialistischen Ländern zur Schaffung einer neuen Verfassung, und es wurde auch im internationalen Ausmaß nach den Organisations- und Rechtsmitteln gesucht, die den Funktionen des sozialistischen Staates am besten entsprechen. Die längere Zeit, die für die inhaltliche Vorbereitung der heimischen Entscheidungen bestimmt wurde, erwies sich als fruchtbringend. Es gelang einerseits die Kontinuität und Stabilität zu sichern, anderseits konnten die Institutionen den neuen Aufgaben, die im neuen Abschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung auftraten, elastisch angepaßt werden.

Ein bedeutender Teil der mit dem staatlichen Leben und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie zusammenhängenden Entscheidungen führte zur Rechtsschaffung auf gesetzgeberischer Ebene. Die wichtigsten Fragenkreise, die eine gesetzliche Regelung erhalten mußten, sind:

1. Die Abänderung der Verfassung der Volksrepublik im Rahmen einer umfassenden Verfassungsreform, die sich auch auf die Neuordnung des Tätigkeitskreises der Regierungsorgane erstreckte (Gesetz i. v. J. 1972).



2. Die Schaffung des neuen Gesetzes über die Räte, das die Räte als örtliche Volksvertretungs-, Selbstverwaltungs- und Staatsverwaltungsorgane ins Ganze des sozialistischen Staatssystems einordnet (Gesetz I v. J. 1971).

3. Die Neuregelung des demokratischen Wahlsystems, das die Beteiligung der Staatsbürger am öffentlichen Leben erhöht, die Verbindung zwischen den Wählern und den Abgeordneten fester knüpft und die Aktivität der Mitglieder der Volksvertretungsorgane steigert.

4. Die organisatorische Entwicklung der Justiz im Interesse der Durchsetzung der Einheit der Justiz, ferner die Entwicklung der materiell-rechtlichen Normen der Rechtssprechung.

5. Die Entwicklung der Staatsverwaltung, besonders durch die Vereinfachung des Verfahrens und Dezentralisation der Wirkungsbereiche, ferner die neue Regelung der Rechtsstellung der Angestellten in der Staatsverwaltung.

Die Modifizierung der Verfassung zeigt allein schon die bedeutende Entwicklung, die im Staatsleben erfolgte. Der Ausdruck der auf dem Gebiet der sozialistischen Produktionsverhältnisse eingetretenen Entwicklung und die Aufnahme der humanen Grundprinzipien der sozialistischen Gesellschaft in die Verfassung bereicherten unsere volksdemokratische Verfassung in bedeutendem Maße.

Bei der Vorbereitung der Verfassungsänderung stellte es sich heraus, daß eine weitgehende Änderung des Textes nötig war. Der umfassende Charakter der Abänderung ermöglichte die Aufnahme neuer Institutionen und die Schaffung der Garantien der Verfassungsmäßigkeit. Gleichzeitig stellte es sich heraus, daß sich die Grundinstitutionen bewährt haben und die Verfassung an die in der Entwicklung der Gesellschaft eingetretenen Änderungen angepasst werden kann.

Die Bestimmungen der Verfassung über den weiteren Aufbau des Staatsapparates scheinen im ersten Moment nur Berichtigungen zu sein, die den inzwischen durchgeführten Abänderungen entsprechen. In Wirklichkeit handelt es sich aber um die Neuregelung der Regierungstätigkeit, die den Wirkungskreis, der Volksvertretungsorgane auf Grund der Prinzipien des Marxismus-Leninismus konzipiert, den Aufgabenkreis des Ministerrates, ferner die Verantwortung der Regierungsmitglieder, der Minister betrifft.

Die Verfassung erweitert die Rechte der Staatsbürger, deklariert den internationalen Verpflichtungen entsprechend die Beachtung der Menschenrechte, erweitert den Kreis der Garantien der staatsbürgerlichen Rechte. Sie betont die durch die sozialistische Gesellschaft errungenen wichtigsten wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Rechte und gliedert sie in die Reihe der Grundinstitutionen der gesellschaftlichen Ordnung ein. So leitet die Verfassung auch nach ihrer Änderung die Grundrechte entsprechend den Ergebnissen der neuesten sozialistischen Verfassungsentwicklung direkt aus der gesellschaftlichen Entwicklung ab und bestimmt den Bürgern gegenüber die Pflichten des Staates.

## V.

Die Entwicklung unserer Verfassung ist in ihren Grundzügen mit der Entwicklung der Verfassung der anderen europäischen Volksdemokratien identisch. Die Volksdemokratie beruht auch bei uns auf dem Bündnis der gegen den Faschismus kämpfenden demokratischen Verbündeten. Nach der Befreiung löste sie unter der Leitung der Arbeiterklasse die Aufgaben der demokratischen Umgestaltung erfolgreich und vollzog schrittweise auf friedlichem Wege die sozialistische Revolution. Die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse schuf wie bei den anderen Volksdemokratien eine Staatsmacht sozialistischen Typs.

Auf Grund der besonderen historischen Traditionen und der verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnisse finden wir neben den grundlegenden Gemeinsamkeiten auch spezifische Züge, die sich in der Entwicklung unserer Verfassung widerspiegeln.

1. Vor der Befreiung hatte Ungarn keine geschriebene Verfassung. Das die Räterepublik vom Jahre 1919 bekämpfene konterrevolutionäre System duldete keine demokratischen Formen. Die Institutionen der Demokratie kamen auf revolutionärem Wege zustande und sicherten in der Ausübung der Staatsmacht vom Anfang an die Mitwirkung der gesellschaftlichen Kräfte. Erst im Jahre 1919 kam es zur Schaffung eines einheitlichen geschriebenen Verfassungsgesetzes.<sup>12</sup>

2. Die Verfassung erstreckte sich nicht auf alle verfassungsmäßig bedeutenden Fragen. Unsere Verfassung enthält nicht die Regelung solcher grundlegenden Rechtsverhältnisse wie das Staatsbürgerrecht, das Wohnungsrecht, usw. Die Verfassung beschränkt sich auf die Regelung der Grundfragen der Leitung des Staatsapparates, der Volkswirtschaft und der außenpolitischen Tätigkeit. Infolgedessen mußten diese Rechtsverhältnisse in den verschiedenen Etappen der sozialistischen Entwicklung durch die Gesetzgebung geregelt werden. In den wichtigsten Rechtszweigen entstanden Kodexe, die das grundlegende Rechtmaterial der einzelnen Rechtszweige umfassen.

Von der dynamischen Entwicklung der Gesellschaft beeinflusst, waren die Gesetze häufig Änderungen ausgesetzt. Trotzdem konnte die Stabilität und die Beständigkeit des Grundgesetzes gesichert werden. Die Verfassung vom Jahre 1949 widerspiegelt mit ihrer Modifizierung im Jahre 1972 die inzwischen erfolgten gesellschaftlichen Änderungen und bestimmt auch für die Periode des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft die Methoden und Formen zur staatlichen Organisation der Gesellschaft (Gesetz I vom Jahre 1972).<sup>13</sup>

3. Nach Erlangung der selbständigen ungarischen Staatlichkeit übte eine Körperschaft die Funktion des Staatsoberhauptes aus. Obwohl das Gesetz über die Republik das Amt des Präsidenten geschaffen hatte, blieb auch weiterhin die verfassungsmäßige Rolle des Politischen Ausschusses der Nationalversammlung (Landesversammlung) bestehen. Eine direkte Fortsetzung dieser Rolle besteht in der heutigen breiten Befugnis des Präsidialrates der Volksrepublik.<sup>14</sup> So entstand unser Präsidiumar-



tiges Organ als Ergebnis der Verfassungsentwicklung nach der Befreiung und gliederte sich in das System der höchsten Regierungsorgane organisch ein. Infolge der Modifizierung der Verfassung vom Jahre 1972 gehört auch die Kontrolle der Einhaltung der Verfassung zur Aufgabe des Präsidialrates der Volksrepublik. Diese Vollmacht sichert es, verfassungswidrigen Akten vorzubeugen bzw. die Verfassungsmäßigkeit wiederherstellen.

4. Eigenartig entwickelte sich die Organisation der örtlichen Verwaltung. Bis 1950 funktionierten die von den demokratischen Kräften umgebildeten örtlichen Selbstverwaltungen, welche die früheren Verwaltungsformen beibehielten. Auf Grund der Verfassung wurde das Räte-system aufgebaut, das während seines 25 jährigen Bestehens eine hervorragende Institution zur Verwirklichung der sozialistischen Demokratie wurde.<sup>15</sup>

1971 schuf das Parlament das dritte Gesetz über die Räte (Gesetz I v. J. 1971). Die Selbständigkeit und die Befugnis der städtischen und Gemeinderäte wurde gefestigt. Ihr selbstverwaltungscharakter erschloß solche Quellen, die früher nicht zu mobilisieren waren.

5. Eine Eigenart unseres Wahlsystems ist, daß das Mandat der Volksvertretungsorgane auf fünf Jahre erhöht wurde das steht mit der richtungsweisenden Rolle der alle fünf Jahre zusammentretenden Parteitage und der Fünfjahrpläne der Volkswirtschaft im Zusammenhang.

Die demokratischen Prinzipien des Wahlrechtes sind dadurch nicht eingeschränkt, daß die Mitglieder der Räte der Hauptstadt und der Komitate indirekt gewählt werden. Sie werden von den Gemeinderäten und den Stadträten (in der Hauptstadt von den Bezirksräten) gewählt. Auch dadurch wird die Vertretung der örtlichen kollektiven Interessen in den regionalen Räten gesichert (Gesetz III v. J. 1970).

6. Nach der Modifizierung der Verfassung im Jahre 1972 verabschiedete das Parlament ein neues Gesetz über die Organisation der Gerichte (Gesetz IV v. J. 1972). Dieses Gesetz weist die wirtschaftlichen und arbeitsrechtlichen Streitigkeiten dem Gericht zu und schafft dadurch die in der Verfassung enthaltene Einheit der Rechtsprechung.

\* \* \*

Die 30 Jahre unserer volksdemokratischen Entwicklung zeigen die Festigung des verfassungsmäßigen Rahmens des sozialistischen Staatslebens. Diese Tatsache hat auch auf internationaler Ebene eine große historische und prinzipiell-politische Bedeutung. Sie beweist, daß die sozialistische Staatsmacht auch im Laufe der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft imstande ist, die Verfassungsmäßigkeit zu verwirklichen.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Die Bedeutung der Nationalkomitees wurde auch von der zeitgenössischen rechtshistorischen Literatur richtig erkannt. S. *Csizmádia, A.*: A nemzeti bizottságok létrejötte és jogállása 1944–45-ben (Entstehung und Rechtsstellung der Nationalkomitees in den Jahren 1944–45), *Studia Iuridica Pécs*, Nr. 13. ders.: A nemzeti bizottságok állami tevékenysége 1944–46 (Die staatliche Tätigkeit der Nationalkomitees 1944–46), Budapest, 1968, ferner *Beér, J.*: A helyi tanácsok kialakulása és fejlődése Magyarországon 1945–1960 (Die Entstehung und Entwicklung der örtlichen Räte in Ungarn 1945–1960), Budapest, 1962, ders.: A felszabadulástól az alkotmányig (Von der Befreiung bis zur Verfassung), Állam és Igazgatás, 1959, Nr. 5.
- <sup>2</sup> Felszabadulás, 1944. szeptember 26–1945. április 4. Dokumentumok hazánk felszabadulásának és a magyar népi demokrácia megszületésének történetéből (Befreiung, 26. Sept. 1944–4. April 1945. Dokumente aus der Geschichte der Befreiung unseres Landes und der Entstehung der ungarischen Volksdemokratie), Szikra, Budapest, 1955, p. 175.
- <sup>3</sup> Der Beschluß der Provisorischen Nationalversammlung vom 22. Dezember 1944 wurde später, am 16. September 1945 durch das Gesetz I v.J. 1945 über die Ausübung der ungarischen staatlichen Souveränität inartikulierte. Laut § 1 deklariert sich die Provisorische Nationalversammlung zur ausschließlichen Vertreterin der ungarischen staatlichen Souveränität.
- <sup>4</sup> Zur provisorischen Ausübung der Macht des Staatsoberhauptes schuf der Politische Ausschuß der Nationalversammlung mit der Regierung zusammen am 26. Januar 1945 den Obersten Nationalrat.
- <sup>5</sup> § 1 der Verordnung vom 24. März 1945, Nr. 539/1945 ME sagt aus: „solange das Volk in den Fragen der verfassungsmäßigen Einrichtung und der Staatsform des Landes nicht entscheidet“, wird das Attribut „königlich“ aus der Benennung der Staatsämter und der Gerichte gestrichen.
- <sup>6</sup> Vgl. *Beér, J.*: A felszabadulástól az alkotmányig (Von der Befreiung bis zur Verfassung), Állam és Igazgatás, 1959, Nr. 5.
- <sup>7</sup> § 1 Abs. 2 des Gesetzes XI. v.J. 1945 sagt aus: „Die Nationalversammlung bestimmt die Verfassung und die Staatsform Ungarns.“
- <sup>8</sup> Gesetz X v.J. 1946 verfügt über den strafrechtlichen Schutz der Menschenrechte. Die Gleichberechtigung der Frauen wird bei der Zulassung zur Hochschule vom Gesetz XXII v.J. 1946, im öffentlichen Leben vom Gesetz XLIII v.J. 1948 gesichert. Die Gesetze XXV v.J. 1946 und XXXIII v.J. 1947 bezwecken die Wiederherstellung der Gleichheit der Staatsbürger.
- <sup>9</sup> Gesetz XXVI v.J. 1946 (modifiziert vom Gesetz II v.J. 1948).
- <sup>10</sup> Der Verwaltungsgerichtshof und das Gericht des Oberhofmarschalls wurden abgeschafft, der Volkswirtschaftsrat wurde gegründet. Ein Gesetz verfügte über den Dreijahrplan, die Genossenschaften, die Verstaatlichungen, usw.
- <sup>11</sup> Über die Etappen unserer Rechtsschaffung s. Szabó, I.: Szocialista jogelmélet – népi demokratikus jog (Sozialistische Rechtstheorie – volksdemokratisches Recht), Budapest, 1967, pp. 282–284.
- <sup>12</sup> Vgl. *Kovács, I.*: La formation et l'évolution du droit constitutionnel de la République Populaire Hongroise, *Acta Jur. et Pol.*, Szeged, Tomus XX, Fasc. 3.
- <sup>13</sup> *Takács, I.*: La modification de la constitution de la République Populaire Hongroise, *Annales Univ. Sci. Sectio Iuridica*, Tomus XV, Budapest, 1973, pp. 209–224.
- <sup>14</sup> *Kovács, K.*: Az Ideiglenes Nemzetgyűlés megalakulásának jelentősége (Die Bedeutung der Entstehung der Provisorischen Nationalversammlung), Állam és Igazgatás, 1965, p. 9.
- <sup>15</sup> *Takács, I.*: Sur le caractère d'universalité des soviets, *Annales Univ. Sci.*, Budapest, 1963, *Sectio Iuridica* IX, pp. 223–228.